

VCD Wahlprüfsteine Juli 2023

Antworten des verkehrspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag Klaus Gagel MdL und des stellvertretenden verkehrspolitischen Sprechers Arno Enners MdL

1. Der VCD hat zusammen mit anderen Verbänden den Entwurf für ein hessisches Verkehrswendegesetz vorgelegt. Wir fordern darin, die Mobilität in Hessen umwelt- und sozialverträglich, klimaneutral, verkehrssicher und durchgängig barrierefrei zu gestalten. Allen Menschen soll eine gerechte Teilhabe an Mobilitätsangeboten und Verkehrsinfrastruktur unabhängig von Wohnort, Alter, Geschlecht, Lebenssituation, Herkunft, persönlichen Mobilitätseinschränkungen oder individueller Verkehrsmittelverfügbarkeit ermöglicht werden. Insbesondere im suburbanen und ländlichen Raum fehlen dafür verlässliche ganztägige Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein sicheres Wegenetz für Fußgänger/-innen und Radfahrer/-innen. Wie wollen Sie Mobilität für alle Menschen gesetzlich und ganz praktisch sicherstellen

- a) für das Land Hessen
- b) für Ihre Region/Ihren Wahlkreis?

Die AfD sieht die freie Wahl des Verkehrsmittels als Grundrecht freier Bürger, ohne staatliche Bevormundung. Dieses Grundrecht muss in einem Verkehrsgesetz verankert sein. Die Notwendigkeit einer sogenannten „Verkehrswende“ sieht die AfD nicht. Die Mobilität aller Menschen wird heute schon in einem sehr hohen Maße sichergestellt, das Rad muss sozusagen nicht neu erfunden werden. Trotzdem gibt es gravierende Defizite im Verkehrswesen, die aufgrund der einseitigen und falschen Verkehrspolitik der letzten Jahre sofortige ideologiefreie Maßnahmen erfordern:

- Ausbau der Infrastruktur: Der Neu- und Ausbau von Straßen und Brücken steht an erster Stelle, weil das Auto für 72% aller Verkehrsteilnehmer „am besten ihren Bedarf an Mobilität auch in der Zukunft“ abdecken wird, wie unlängst die HUK-Coburg-Studie zur Mobilität der Zukunft bestätigte. Die AfD wird eine bevormundende Verkehrspolitik gegen die Interessen einer Mehrheit der Bevölkerung beenden. Natürlich muss die Mobilität für Menschen mit einem Defizit und sozial benachteiligter Bürger sichergestellt werden, was gerade auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene durch Initiativen der AfD Landtagsfraktion, aber auch von den AfD Kreis- und Stadtfractionen geschieht.
- Der Ausbau des ÖPNV muss nach Jahrzehnten des Stillstandes forciert werden, indem das Angebot, der Service, die Sauberkeit und die Sicherheit in den Zügen und an den Bahnhöfen verbessert werden. Das sind die vornehmlichen Kriterien, um den Umstieg in

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Ballungsgebieten vom Auto in den ÖPNV zu ermöglichen. Der Ausbau des Schienennetzes muss beschleunigt werden durch Bürokratieabbau in der Planung und Genehmigung.

- Sogenannte Flatrate Tickets sind prinzipiell positiv, wenn sie den Tarifdschungel entwirren, aber sie dürfen nicht zur kompletten Abhängigkeit der Verkehrsverbünde von staatlichen Subventionen führen. Verkehrsverbünde müssen befähigt werden, durch ausreichend Fahrgeldeinnahmen ihre Investitionen selbst gestalten zu können, denn sie wissen viel besser als die Politiker, was für den ÖPNV gut ist.
- Mit der durch das Bundesverkehrsministerium prognostizierten Zunahme des Güterverkehrs auf der Straße müssen jetzt die Möglichkeiten des kombinierten Verkehrs durch Neubau und Erweiterung von Güterterminals an den großen Binnenhäfen in Hessen realisiert werden.

2. Um den Klimawandel zu begrenzen und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen, ist es notwendig, Verkehr zu vermeiden und Mobilität weitestgehend auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern. Teilen Sie dieses Ziel? Wenn ja, was wollen Sie im Landesparlament oder in der Landesregierung konkret dafür tun,

- a) Für das Land Hessen
- b) Für Ihre Region/Ihren Wahlkreis?

Klimawandel gibt es, seit der Planet Erde existiert. Er kann auch nicht „begrenzt“ werden. Aus Sicht der AfD ist das Ziel einer sogenannten Klimaneutralität sowohl wissenschaftlich wie auch wirtschaftlich unsinnig. Der Einfluss des Menschen auf das Klima ist eben nicht wissenschaftlich unumstritten. Wetterextreme wie Dürre oder Hochwasser gibt es seit Menschengedenken schon immer. Deutschland kann mit seinem Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß von nur 1,82 % (2021) kaum Einfluss auf das weltweite Klimageschehen haben. Durch einen Alleingang Deutschlands, ohne die größten Emittenten von Treibhausgasen wie China, USA, Indien und Russland, die zusammen für über 55 % des weltweiten CO₂ Ausstoßes verantwortlich sind, werden alle unsere Anstrengungen zum Thema Klima wirkungslos sein.

Das heißt auch, dass die heutige Klimapolitik der Regierung vollkommen unverhältnismäßig ist und zu großen wirtschaftlichen Schäden und gesellschaftlichen Verwerfungen führt. Insbesondere die Verlagerung von immer mehr Produktion und Arbeitsplätzen ins Ausland ist ein Alarmsignal. Die höchsten Energiepreise der Welt, die höchste Steuer- und Abgabenlast alle Industrieländer sind weitere Warnsignale, die von der jetzigen Regierung stur ignoriert werden.

Die AfD will die Bürger und Unternehmen mit sofortiger Wirkung von den hohen Klimasteuern und -abgaben entlasten. Unsere Ziele sind:

- Sofortige Abschaffung der CO₂-Steuer

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

- Ausgaben für sogenannte Nachhaltigkeitsziele sollen in einem wirtschaftlich vernünftigen Rahmen geschehen.
- Die EU-Taxonomie und das sogenannte „Fit for 55“ Programm der EU lehnt die AfD gesamtheitlich ab, weil der objektive Nutzen nicht nachweisbar ist.
- Die AfD befürwortet Klimaanpassungsmaßnahmen mit Augenmaß, um die Auswirkungen des Klimawandels, aber auch Auswirkungen von Extremwetter für die Bevölkerung zu minimieren.

3. Der VCD setzt sich dafür ein, den „Umweltverbund“ aus Bahn, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu priorisieren, Straßenneu- und –ausbauten zu vermeiden und Investitionsmittel stattdessen für Erhalt, Sanierung und Modernisierung der Straßeninfrastruktur zu verwenden.

Wie stehen Sie zu diesem Ziel und was wollen Sie ggfs. im Landesparlament oder in der Landesregierung konkret hierfür tun,

- a) Für das Land Hessen
- b) Für Ihre Region/Ihren Wahlkreis?

Bitte geben Sie auch hier an, wie Sie als Landespolitikerin oder Landespolitiker auf die Planungen des Bundes Einfluss nehmen wollen.

Die AfD steht für eine freiheitliche Verkehrspolitik und lehnt Dieselfahrverbote, autofreie Innenstädte, immer höhere Parkgebühren in den Innenstädten, eine Verknappung des Parkraumes und die Umwidmung von Autofahrspuren in Fahrradstreifen, auch und gerade auf den Hauptverkehrsachsen, ab. Deshalb müssen die Steuern und Abgaben auch gesenkt werden, damit das Auto nicht zu einem Luxusgut wird, sondern sich jeder Bürger ein Auto leisten kann.

Der sogenannte „Umweltverbund“ ist aus Sicht der AfD eine rein ideologisch motivierte Organisation, die linksgrüne Verkehrspolitik durchsetzen will. Wer auf die Belange der Bürger hört, würde das Auto nicht abschaffen oder aus den Städten verbannen wollen. Die AfD lehnt die Belehrung und Bevormundung freier Bürger ab. Die Bürger sollen selbst entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie benutzen wollen und was für ihre Mobilitätsbedarfe Sinn macht. Wir sind gegen einen übergriffigen Staat, der jeden Aspekt unseres individuellen Lebens kontrollieren und gestalten will – und dazu gehört auch unser Mobilitätsverhalten.

4. Unabhängig vom Ziel der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung ist es in der Bevölkerung und in den Parteien weitgehend unstrittig, dass die Bahn leistungsfähiger werden muss und dafür

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

schnellstmöglich die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Das betrifft landespolitisch den Regionalverkehr, aber auch die Verknüpfung mit dem Fernverkehr und erfordert eine bessere Infrastruktur, auch für den Schienengüterverkehr. Was wollen Sie im Landesparlament oder in der Landesregierung dafür tun,

- a) für das Land Hessen
- b) für Ihre Region/Ihren Wahlkreis?

Bitte geben Sie auch hier an, wie Sie als Landespolitikerin oder Landespolitiker auf die Planungen des Bundes Einfluss nehmen wollen.

Aus Sicht der AfD ist vor allem unstrittig, dass der katastrophale Zustand der Deutschen Bahn und auch des ÖPNV, ein Ergebnis der vollkommen verfehlten und wirklichkeitsfremden Verkehrspolitik aller Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte ist. Warum sollen diese Parteien, die den Abbau des Schienennetzes, die jahrelange Unterfinanzierung, die mangelnde Sicherheit, Sauberkeit und Pünktlichkeit der Bahn zu verantworten haben, auf einmal ein Patentrezept für die Verbesserung der misslichen Situation der Deutschen Bahn und des ÖPNV haben?

Der Grund für den schlechten Zustand liegt in der übergriffigen Verkehrspolitik der bisherigen Regierungsparteien, die für die immer größere Abhängigkeit der Bahn von staatlichen Subventionen, verantwortlich sind.

Die AfD hingegen wird eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln sowohl bei der Deutschen Bahn, aber auch bei kommunalen Verkehrsverbänden, aktiv fördern. Auch deshalb wird die AfD die Ämterpatronage, also das Einsetzen von Politikern in führende Positionen der Bahn und ÖPNV, sofort beenden. Experten sollen die Führung der Verkehrsunternehmen übernehmen. Die sollen mit ihren Tarifeinnahmen und ausreichend selbst erwirtschafteten Mitteln ihre eigenen Investitionsvorhaben wieder langfristig planen können. Der Staat soll nicht zum Zahlmeister für das operative Geschäft degradiert werden, sondern die politischen Rahmenbedingungen für sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Investitionen sicherstellen. In diesem Sinne soll auch der Deutschlandtakt schneller realisiert werden und das Mittelrheintal muss endlich durch die geplante Tunnelvariante auf der Achse Rotterdam-Genua entlastet werden. Ferner befürwortet die AfD den Neubau des unterirdischen Fernbahnhofs in Frankfurt.